

Einkommensrunde 2017

Forderung: 6% mehr Geld und Strukturverbesserungen in der Entgeltordnung für Lehrkräfte!

„Die Landesbeschäftigten hinken den Kolleginnen und Kollegen bei Bund und Kommunen jetzt schon um rund 4 Prozent hinterher“, erklärte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 14. Dezember 2016 in Berlin. Zuvor war zur Forderungsfindung für die am 18. Januar 2017 beginnende Einkommensrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) der dbb Bundesvorstand, die dbb Bundestarifkommission und die dbb Grundsatzkommission für Besoldung und Versorgung zusammengekommen. U.a. waren für Nordrhein-Westfalen Roland Staude, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, und weitere Mitglieder des DBB NRW Vorstands beteiligt. Über unser Mitglied in der Tarifkommission NRW, Johannes Schütte, haben wir im Vorfeld unsere vlbs-spezifischen Forderungen nachhaltig in die Beratungen eingebracht.

Hintergrund:

Die Verhandlungen über den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) betreffen mehr als drei Millionen Beschäftigte. Ziel ist es, den Gleichklang der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung im öffentlichen Dienst zu gewährleisten:

- 1,0 Millionen Tarifbeschäftigte der Länder, für die der TV-L direkte Auswirkungen hat sowie
- 2,2 Millionen Beamte und Versorgungsempfänger in Ländern und Kommunen, auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll.

Am 20. Dezember 2016 haben sich die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und der dbb in der Berliner Geschäfts-



Wilhelm Schröder
vlbs Landesvorsitzender

stelle der TdL getroffen, um die Sachthemen aus dem Bereich der Lehrkräfte in Vorbereitung auf die Einkommensrunde zu besprechen. Dabei standen insbesondere folgende Punkte auf der Agenda der Einkommensrunde:

- Realisierung der Paralleltabelle
- verbesserte Eingruppierung von Einfachlehrer*innen und Fachlehrer*innen

Am 18. Januar 2017 sind dann die Verhandlungen über den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) in Berlin gestartet. Weitere Verhandlungstermine fanden am 30./31. Januar und 16./17. Februar 2017 in Potsdam statt.

Die Kernpunkte der dbb-Forderung im Überblick:

- 6 Prozent Gesamtforderung, darin enthalten:
- Einführung einer Stufe 6 ab Entgeltgruppe 9
- Stufengleiche Höhergruppierung
- Laufzeit 12 Monate
- Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifeinigung auf die Beamten der Länder und Kommunen
- Weiterentwicklung der Entgeltordnung für Lehrkräfte (Erhöhung der Angleichungszulage)

Sinkende Bewerberzahlen und sprudelnde Steuereinnahmen – die Konsequenz daraus ist zwingend: „Spürbare Einkommenszuwächse für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst“. Mit diesem Kernargument ist der dbb-Verhandlungsführer Willi Russ in die Einkommensrunde für den öffentlichen Dienst der Länder gegangen. Russ: „Allein im vergangenen



Der vlbs zeigt Flagge im Tarifstreit



Jahr sind die Steuereinnahmen der Länder um über 7 Milliarden Euro gestiegen. **Es ist also genug Geld da, um den berechtigten Forderungen der Kolleginnen und Kollegen im Landesdienst entgegenzukommen."**

Eine angemessene Bezahlung ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern im ureigenen Interesse der öffentlichen Arbeitgeber: Die nachlassende Konkurrenzfähigkeit der Länder auf einem immer stärker umkämpften Arbeitsmarkt kann man nicht einfach hinnehmen. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, gegenzusteuern und die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu sichern. Das alte Mantra ‚Es ist einfach kein Geld da‘ funktioniert dieses Jahr jedenfalls nicht mehr.

Nachdem TdL und dbb vor zwei Jahren erstmals eine Entgeltordnung für Lehrkräfte vereinbart haben, geht es in der

Einkommensrunde 2017 nicht mehr um das „Ob“, sondern nur noch um das „Wie“. Das muss nicht zwingend konfliktreich sein. Es ist aber in jedem Falle, zumindest was die Weiterentwicklung der Entgeltordnung für Lehrkräfte angeht, komplex im Detail. Doch es muss weitergehen. Die Wertigkeit dieser Entgeltordnung muss weiter verbessert werden.

Aktionen und Demonstrationen sind wichtig

- für den Erfolg der Einkommensrunde 2017
- und die Übertragung der Ergebnisse auf Beamte und Pensionäre

Um die Verhandlungen kraftvoll zu unterstützen, finden auch dieses Mal Aktionen und Demonstrationen statt. Der vlbs fordert alle Lehrkräfte an Berufskollegs dringend auf, sich an dieser Protestaktion

zu beteiligen. Während die tarifbeschäftigten Lehrkräfte selbstverständlich ein Streikrecht haben, sind die Beamten aufgefordert, an den Protestveranstaltungen teilzunehmen, wenn es die Unterrichtsverpflichtung eben ermöglicht. Denn die Erhöhung der Beamtenbesoldung hängt unmittelbar von den Tarifabschlüssen ab.

Vor diesem Hintergrund haben unsere verbeamteten Kolleginnen und Kollegen ein ureigenes Interesse die TV-L Tarifrunde mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen. Beschäftigte und verbeamtete Lehrkräfte sitzen in einem Boot!

Auch unsere pensionierten Lehrkräfte sind hier gefordert! Ist es doch in der letzten Tarifrunde gelungen, eine Aufspaltung in eine Aktiv- und Passiv-Besoldungstabelle zu verhindern.

Nutzen Sie Ihre Freiräume und kommen Sie zahlreich zu den Protestaktionen!

Achten Sie dabei auch auf die Ankündigungen dezentraler Protestaktionen vor Ort. Die Taktik der „kleinen Nadelstiche“ war in der letzten Protestrunde besonders zermürend für unsere verantwortlichen Politiker/innen Kraft, Löhrmann und Walter-Borjans – und damit besonders wirkungsvoll!

Wir rechnen mit Ihnen!

Ihr
Wilhelm Schröder
vlbs Landesvorsitzender



Besuchen Sie uns auf facebook und diskutieren Sie mit:
www.facebook.com/vlbs.nw

